

Europäische Integration und die Entwicklung der Regionen - offene Fragen und Probleme

Georg Götz

Institut für Wirtschaftswissenschaften

Universität Wien

Ein Grundpfeiler der EU ist das Recht der ArbeitnehmerInnen auf Freizügigkeit. Ein weiteres Fundament der Union ist die schon in den Römer Verträgen als Ziel verankerte Verringerung regionaler Disparitäten. Dieses sogenannte Kohäsionsziel spiegelt die gemeinschaftliche Solidarität wider (siehe Reichenbach/Beck 1997). Inwieweit Solidarität nötig ist und eingefordert wird, hängt in zentraler Weise von der Entwicklung der Regionen ab. Bei sehr großen regionalen Wohlfahrtsunterschieden könnte das Recht auf Freizügigkeit aufgrund von massiven Wanderungs- und Pendlerströmen zu sozialen und politischen Problemen führen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage, welche Auswirkungen die zunehmende politische und wirtschaftliche Integration der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf die einzelnen Regionen hat, an Bedeutung. Neben der zunehmenden Integration sind die bevorstehenden Erweiterungs- und Vertiefungsschritte nicht ohne Konsequenzen für die Entwicklung innerhalb der Regionen beziehungsweise die Beziehungen zwischen den Regionen. In diesem Beitrag geht es um eine Bestandsaufnahme der bisherigen Regionalentwicklung in der Union sowie um eine Diskussion der theoretischen Erklärungsansätze für diese Entwicklung. Es wird aufgezeigt, daß insbesondere in bezug auf die Abschätzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen aus wissenschaftlicher Sicht noch viele Fragen offen sind. Ziel dieses Aufsatzes ist es, aus regionalpolitischer Sicht wichtige wissenschaftliche Problemstellungen zu benennen. Dabei geht es unter anderem um die Frage, ob eine aktive Regionalpolitik nicht auch anders als über ein Solidaritätsargument zu begründen ist.

Linien in der europäischen Regionalentwicklung

Die Regionalentwicklung ist gekennzeichnet durch zwei gegensätzliche Bewegungen. Auf der Ebene der Mitgliedsstaaten ist eine Konvergenz der Pro-Kopf Einkommen feststellbar. In den einzelnen Mitgliedsstaaten kam es hingegen zu einer Divergenz der Einkommensentwicklung in den Regionen. Während der Aufholprozeß in allen sogenannten Kohäsionsländern (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien) stattfindet, gibt es doch starke Unterschiede

zwischen diesen Ländern im Hinblick auf das Ausmaß des schon zurückgelegten Weges. Besonders deutlich wird dies beim Vergleich von Griechenland und Irland. In Griechenland erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 61,9 v.H. des EU-Durchschnittes im Jahr 1983 auf 64,5 v.H. im Jahr 1993. Für Irland lauten die entsprechenden Werte 64 und 80 v.H.. 1995 erreichte das irische BIP/Kopf bereits 90 v.H. des EU-Durchschnitts (Siehe zu diesen Angaben den Kohäsionsbericht 1996, insb. Tab. 4, S. 133).

Eine Verstärkung von Einkommensunterschieden zwischen den Regionen in den einzelnen Mitgliedsländern ist vor allem in den Kohäsionsländern festzustellen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf ein schnelleres Wachstum zentraler Regionen (s. Tab. 7, S. 135). Bezogen auf alle Regionen der Union ist die Einkommensstreuung etwa gleich geblieben. So war 1993 das BIP/Kopf in den 10 reichsten Regionen etwa 3,3 mal so hoch wie in den 10 ärmsten Regionen. 1993. 1983 lag der entsprechende Wert bei 3,5.

Die erheblichen Einkommensunterschiede legen die Frage nach möglicherweise dadurch induzierten Wanderungsbewegungen nahe. Etwa 1,5 v.H. der Wohnbevölkerung wanderte 1993-94 zwischen NUTS1 Regionen bzw. EU-Mitgliedstaaten. Neben der eigentlichen Migration spielt in der Union auch das Pendeln von ArbeitnehmerInnen über größere Distanzen eine wichtige Rolle. Insgesamt gesehen ist die Mobilität der Erwerbsbevölkerung nur geringfügig niedriger als dies in den USA der Fall ist (siehe Employment Agenda for the year 2000: Issues and policies, p. 9). Eine gerade im Hinblick auf die anstehende Osterweiterung der EU interessante Tatsache ist das (unerwartete) Ausbleiben stärkerer Wanderungsbewegungen aus Griechenland, Spanien und Portugal nach deren Beitritt zur EG (Agenda 2000, Band 2, 1997). Durch die geplante Osterweiterung werden sich die Einkommensdisparitäten noch verschärfen. In den mittel- und osteuropäischen Ländern beträgt das BIP/Kopf im Durchschnitt etwa 30% des EU-Durchschnitts (Agenda 2000, Band 2, 1997). Neben den Anforderungen, die sich aus diesem großen Einkommensunterschied an die Kohäsionspolitik ergibt, ist vor allem die Frage relevant inwiefern sich die Erfahrungen mit dem geringen Ausmaß an Migration aus den früheren Beitrittsländern auf die nächste Erweiterungsrunde übertragen lassen. Im folgenden wird versucht, die bisherige Regionalentwicklung in der EU theoretisch zu erklären. Eine solche Erklärung kann auch Ansatzpunkte für eine Einschätzung der mit der Osterweiterung einhergehenden Probleme liefern.

Theoretische Erklärungen und Vorhersagen regionaler Entwicklungslinien

Die im vorhergehenden Abschnitt dargestellten Einkommensunterschiede gehen einher mit Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur in den verschiedenen Regionen. Deutlich wird das zum Beispiel an der Bedeutung der Landwirtschaft; während in Griechenland noch 20

v.H. der Beschäftigten in diesem Sektor tätig sind, beträgt der Anteil in Großbritannien, Frankreich und Deutschland zwischen 3 und 5 v.H. (s. Agenda 2000, Band 2, 1997). Im wesentlichen gibt es zwei Ansätze, die, den verschiedenen Wirtschaftsstrukturen zugrunde liegenden, Spezialisierungsmuster zu erklären. Die Theorie komparativer Vorteile zeigt, daß unterschiedliche Ausstattungen mit Produktionsfaktoren wie Arbeit, Kapital und Boden, aber auch unterschiedliche Produktivitätsniveaus dazu führen, daß sich Länder auf die Produktion solcher Güter spezialisieren, die sich aufgrund der angegebenen Gegebenheiten in dem jeweiligen Land im Vergleich zu anderen Ländern relativ günstig herstellen lassen. Zur Spezialisierung kann es auch kommen, wenn in der Produktion bedeutende Größenvorteile (Economies of scale) in dem Sinn auftreten, daß die Kosten pro Stück um so geringer sind je größer die hergestellte Menge ist. Beide Ansätze sind komplementär und erklären Unterschiede in den Wirtschaftsstrukturen. Sie zeigen allerdings auch, daß unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen in vielen Fällen mit einer Konvergenz der Einkommensentwicklung vereinbar sind. Langfristig gesehen gibt es zudem Mechanismen, die ein Angleichen der Einkommen bewirken können. Dabei sind in erster Linie zu nennen: die Ausbreitung technischen Wissens (v.a. von den hochentwickelten zu den weniger entwickelten Ökonomien) und der höhere Ertrag den Investitionen zum Beispiel in neue Maschinen in solchen Ländern liefern, in denen der Einsatz von Maschinen (je Beschäftigten) noch relativ niedrig ist. Empirische Untersuchungen zeigen allerdings, daß die Geschwindigkeit mit der sich die Einkommen angleichen nur etwa 2 v.H. im Jahr beträgt. Das bedeutet, daß es 35 Jahre dauern würde bis eine bestehende Einkommensdifferenz ausschließlich durch diese Mechanismen halbiert würde (siehe Sala-i-Martin 1996). Während es also durchaus Kräfte gibt, die, wenn auch langsam, zu einer Angleichung der Einkommen führen sollten, zeigen neuere Analysen auch andere Möglichkeiten im Hinblick auf die Regionalentwicklung auf. So ist es möglich, daß zunehmende (wirtschaftliche) Integration dazu führt, daß bestimmte Regionen geringeres Wachstum aufweisen als es im Fall ohne Integration zu erwarten gewesen wäre. Dies betrifft vor allem solche Regionen, die relativ schlecht mit Faktoren ausgestattet sind, die für (technologieintensive) Wachstumsbranchen von Bedeutung sind (s. Grossman/Helpman 1991).

Bei den bisher angeführten, traditionellen (außenhandelstheoretischen) Analysen wirtschaftlicher Integration findet ein Punkt keine Berücksichtigung, der gerade bei der Analyse der europäischen Integration von zentraler Bedeutung ist, nämlich die Mobilität der Produktionsfaktoren. Ihre institutionelle Verankerung findet diese Möglichkeit in der, in den EU-Verträgen festgeschriebenen Freizügigkeit von Arbeit und Kapital. Die ökonomische Theorie hat auf die besonderen Fragestellungen, die sich daraus ergeben unter anderem mit der Entwick-

lung der sogenannten 'economic geography' reagiert (s. u.a. Krugman 1991). In dieser Theorie werden die Beziehungen unterschiedlicher Wirtschaftsräume analysiert, die sich gerade dadurch auszeichnen, daß auch Bewegungen der Produktionsfaktoren zwischen diesen Räumen möglich sind. Eine Unterscheidung verschiedener Regionen erfolgt dabei häufig entlang des Zentrum-Peripherie-Schemas. Wirft man nun einen ersten Blick auf die Effekte, die man bei perfekter Mobilität erwarten würde, so stellt man fest, daß die Entwicklung der Regionen unbestimmt ist: Kapital wandert in die Peripherie, da dort die Renditen höher sind, der Produktionsfaktor Arbeit in die Zentren, da dort die Löhne höher sind (s. Venables 1997).

Es gibt vor allem zwei Mechanismen, die dieser einfachen Logik zuwiderlaufen: Erstens sogenannte Agglomerationseffekte, die vor allem zur Attraktivität der Zentren beitragen. Aus Sicht der Unternehmen sind dabei neben einem größeren Absatzmarkt in erster Linie ein breites Spektrum von qualifizierten Arbeitskräften, aber auch die enge Nachbarschaft zu Zulieferern und Abnehmern anzuführen. Bei der zweiten Gruppe handelt es sich um 'spezifische Faktoren'. Die Besonderheit dieser Faktoren ist, daß sie nicht oder nur wenig mobil sind. Als Beispiele sind dabei vor allem Boden (z.B. in Form von Flächen für Gewerbeansiedlungen) und Umwelt zu nennen. Aber auch Arbeitskräfte sind in der Regel nicht völlig mobil. Durch diese Faktoren entstehen den peripheren Regionen Vorteile, da die entsprechenden Faktorpreise bei Abwesenheit völliger Mobilität in diesen Regionen niedriger sein werden.

Das Problem ist nun, daß noch unzureichend geklärt ist, welche Regionalentwicklung sich aus dem Zusammenspiel von Agglomerationseffekten und spezifischen Faktoren ergibt. Es gibt Modelle, die darauf hindeuten, daß es zu einer Clusterbildung kommen kann, wobei die Industriecluster in unterschiedlichen Regionen angesiedelt sind. Ein mögliches Ergebnis ist aber auch die Ansiedlung in nur einer (bzw. in einigen wenigen) Region(en), also die Herausbildung einer 'Super-agglomeration' (s. Venables 1997)).

Die Schlußfolgerung aus der vorangegangenen Diskussion lautet: Die tatsächliche Entwicklung ist wissenschaftlich gesehen noch zu wenig prognostizierbar. So ist die Frage nach den Bestimmungsgründen einer Entwicklung wie sie im Mezzogiorno, d.h. im Süden Italiens, festzustellen ist nach wie vor offen. Sind es in der Region liegende Faktoren oder ergibt sich eine derartige Entwicklung, oder besser, das Ausbleiben einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, aus der Entwicklungsdynamik von Zentrum und Peripherie.

Die Bedeutung der Prognostizierbarkeit der Regionalentwicklung wird am Beispiel der Migrationsentscheidung deutlich. In die Entscheidung gehen nicht nur die gegenwärtigen Einkommensniveaus und die Kosten einer etwaigen Migration ein, sondern insbesondere auch die Erwartungen über die zukünftige Entwicklung in Herkunfts- und Zielregion (für eine nä-

here Analyse der Migrationsentscheidung im Kontext der deutschen Wiedervereinigung siehe Götz 1991). Politische Maßnahmen könnten damit das Migrationsverhalten beeinflussen, selbst wenn die Wirkungen der Politik erst in einiger Zeit auftreten. Das Problem ist jedoch, daß aufgrund theoretischer Analysen bisher nur wenige Aussagen über die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit politischer Eingriffe möglich sind. Analysen der Wohlfahrtswirkungen verschiedener politischer Maßnahmen sind bisher rar. Ein Manko existierender Analysen besteht darin, daß es ohne staatliche Eingriffe sowohl ein Übermaß als auch ein unzureichendes Maß an Agglomeration geben kann (siehe z.B. Matsuyama/Takahashi).

Die Frage nach der ‚richtigen‘ Regionalpolitik ist damit weitgehend unbeantwortet. Es gibt allerdings interessante Ansätze zum Beispiel hinsichtlich der unterschiedlichen Entwicklung von Griechenland und Portugal bzw. Spanien (s. Laaser 1997). In einer komparativen Studie der politischen Rahmenbedingungen werden Gründe für die unterschiedlichen Leistungen der Volkswirtschaften aufgezeigt. Die Erfolge scheinen dort größer zu sein, wo anstelle einer Strukturhaltungspolitik eine mit Deregulierungen einhergehende Strukturanpassungspolitik betrieben wurde, die Strukturwandel ermöglicht beziehungsweise begünstigt. Auch die Erfolge Irlands scheinen zumindest teilweise auf eine derartige Politik zurückzuführen zu sein (s. Kohäsionsbericht 1996).

Diese Ansätze beantworten aber noch nicht spezifisch regionalpolitische Problemstellungen wie zum Beispiel die nach der richtigen Unternehmensansiedlungspolitik. Auch die konkrete Ausgestaltung der Strukturpolitik bleibt unklar. Die Reaktion der Politik auf diese offenen Probleme in Deutschland war beispielsweise die Erhaltung sogenannter industrieller Kerne in Ostdeutschland. Eine wissenschaftliche Begründung dieser Maßnahme ist mir nicht bekannt (Zur Diskussion um eine nachträgliche Rechtfertigung siehe Lichtblau 1997).

Konsequenzen unterschiedlicher Regionalentwicklung

Wie im ersten Abschnitt dargestellt, gibt es beträchtliche Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen Regionen in der EU. Diese Disparitäten wären, politisch gesehen, wohl kein Problem, lägen die Wachstumsraten auf dem zur Zeit des deutschen Wirtschaftswunders üblichen Niveau. Selbst wenn es keine Konvergenz gäbe, so dürfte doch die Aussicht auf schnelle Einkommenssteigerungen Probleme wie eine mangelnde soziale Akzeptanz der Unterschiede oder Migration im größeren Ausmaß gar nicht erst auftreten lassen oder zumindest in den Hintergrund drängen. Da sich diese Wachstumsraten derzeit nicht einstellen und sich bestehende Unterschiede noch verschärfen können, führen bestimmte Zielvorgaben zu einem regionalpolitischen Handlungsbedarf. Das wesentliche Ziel ist dabei das einer ‚harmonischen Entwicklung‘. Darunter wird die Verringerung der Unterschiede im Entwicklungs-

stand der verschiedenen Regionen und die Verringerung des Rückstandes der am stärksten benachteiligten Gebiete einschließlich der ländlichen Gebiete verstanden (s. Kohäsionsbericht S. 13). Kohäsion, d.h. Zusammenhalt, ist dabei aber nicht gleichzusetzen mit Einheitlichkeit (als Gegenteil von Vielfalt) (s. Kohäsionsbericht S. 15). Diese Ziele und die ihrer Verwirklichung dienende Regionalpolitik basieren in erster Linie auf der Vorstellung einer innergemeinschaftlichen Solidarität (siehe Reichenbach/Beck 1997). Bevor darauf eingegangen wird, inwieweit die entsprechenden Eingriffe auch anders begründet werden könnten, sollen kurz Grundzüge und Ausmaß der Unionspolitik dargestellt werden. Auf die Strukturpolitik entfallen im Zeitraum von 1994-1999 etwa 39 v.H. des EU-Haushalts. Die Mittel entsprechen etwa 0,5 v.H. des EU-BIP (1996 waren das ungefähr 25Mrd.Ecu). Von den Strukturpolitikmitteln entfallen etwa 30 v.H. auf die Infrastrukturpolitik (inklusive Umweltpolitik), 30 v.H. auf Förderung des Humankapitals und 40 v.H. auf sogenannte produktive Investitionen (inklusive Forschung und Entwicklung und Investitionshilfeprogramme).

Die angeführten Staatseingriffe können im wesentlichen zwei Politikbereichen zugeordnet werden:

1. Der Wachstumspolitik. Die Wachstumspolitik im Rahmen der Strukturpolitik ist konzentriert auf Gebiete in denen die mit dem Wachstumsprozeß in Agglomerationen verbundenen negativen Effekte wie z.B. vermehrte Umweltverschmutzung und übermäßige Nutzung von natürlichen Ressourcen noch nicht auftreten. Die Vorteilhaftigkeit der Politik ist daher eher gegeben, da die positiven Effekte, die zum Beispiel von erhöhten Forschungsanstrengungen ausgehen, noch nicht konterkariert werden.
2. Der (Struktur-)Anpassungspolitik. Diese dient der Realisierung der Gewinne aus Integration (Abbau von Handelshemmnissen, Deregulierung) und der Kompensation der Verlierer. Letzteres ist die Voraussetzung für die Akzeptanz von Integrationsschritten.

Der erste Punkt beruht auf einer langfristigen, der zweite auf einer kurzfristigen Perspektive. Die mit den beiden Politikarten verbundenen Maßnahmen, zum Beispiel die Höherqualifizierung von Arbeitskräften, sind meistens dergestalt, daß kaum unerwünschte Effekte auftreten können. Es handelt sich dabei also in der Regel nicht um eine offensive, d.h. gestaltende Regionalpolitik wie sie im vorhergehenden Abschnitt diskutiert wurde.

Gibt es ein ökonomisches Kalkül für Strukturhilfen, das über die Einforderung von Solidarität hinausgeht?

Mit den angeführten Politiken sind in der Regel Transfers verbunden, die von den reichen zu den ärmeren Regionen fließen. Wie schon angeführt werden diese Leistungen in erster Linie mit einem Solidaritätsargument begründet. Zum Abschluß soll die Frage beleuchtet

werden, inwieweit auch andere Argumente zur Begründung der regionalpolitischen Umverteilungsmaßnahmen herangezogen werden können. Die Diskussion verbleibt dabei – notgedrungen – im Bereich grundsätzlicher Überlegungen, da meines Wissens detailliertere Untersuchungen zu dieser Thematik fehlen. Ich möchte hier zwei Punkte anführen:

1. Ist es möglich, daß auch die Zentren von einem Wachstum in der Peripherie profitieren? In diesem Fall könnte sich durch Transferleistungen die Wohlfahrt des Gebers, d.h. des Zentrums, erhöhen.
2. Wie hoch sind die Gewinne und Verluste aus der (wirtschaftlichen) Integration von Regionen und wo bzw. bei wem fallen sie an? In diesem Fall könnten Transferleistungen als Kompensation der Verlierer in der Peripherie durch die Gewinner in den Zentren angesehen werden.

Eine erste Antwort auf Punkt 1 liefert die Debatte um das sogenannte Transferparadoxon. Kernfrage dieses Paradoxons ist, ob der durch den Transfer bedingte Einkommensanstieg im Empfängerland zu einem Anstieg der Nachfrage nach den Produkten des Geberlandes führen kann, der, durch die damit verbundene Einkommenserhöhung, den Einkommensverlust durch den Transfer aufwiegt. Wie schon vor längerem gezeigt wurde, ist ein solches Ergebnis in der Regel nicht zu erwarten, wenn es keine Marktunvollkommenheiten gibt (siehe Dixit/Norman 1980). Die neue Wachstumstheorie hat allerdings gezeigt, wie verbreitet solche Unvollkommenheiten gerade im Bereich der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind. Wenn zum Beispiel durch Fördermaßnahmen in der Peripherie eine stärkere Zunahme des internationalen Bestandes an (technisch und wirtschaftlich verwertbarem) Wissen resultiert, als dies bei einem entsprechenden Mitteleinsatz im Zentrum der Fall wäre, dann könnte der Transfer für die Geber vorteilhaft sein. Ob solche ‘Spillovers‘ allerdings wirklich dieses Ausmaß erreichen können, scheint zumindest zweifelhaft; es ist sicher nicht der Regelfall.

Ein Argument für regionale Umverteilung liefern auch neuere Ansätze, die zeigen, daß eine ausgewogene (personelle) Einkommensverteilung zu höherem Wachstum führen kann als sehr starke Einkommensunterschiede. Der Grund dafür ist, daß bei einem unvollkommenen Kapitalmarkt, das heißt bei unzureichenden Möglichkeiten zur Fremdfinanzierung, arme Individuen möglicherweise produktive Ideen nicht umsetzen können (siehe Aghion/Howitt 1998). Da die regionale Einkommensverteilung eng mit der personellen Einkommensverteilung verknüpft ist, könnte das Argument im Prinzip auch auf die Regionalpolitik übertragen werden. Es gibt allerdings auch neue Ansätze, die zeigen, daß eine räumliche Konzentration von wirtschaftlichen Aktivitäten wachstumsteigernd sein kann (siehe Martin 1998). Die theoretische Diskussion ist hier ebensowenig abgeschlossen wie beim folgenden Argument, bei

dem es um eine ökonomische, also keine (verfassungs-) politische Begründung des Länderfinanzausgleiches geht, wie er zum Beispiel in Deutschland zu finden ist. Aus ökonomischer Sicht kann dieser Ausgleichsmechanismus durchaus als Versicherung für Regionen verstanden werden, die keine hinreichend diversifizierte Wirtschaftsstruktur haben. Geht man davon aus, daß die unterschiedlichen Branchen zu verschiedenen Zeiten von ökonomischen Schocks getroffen werden, dann können die Probleme der zu einer gewissen Zeit negativ betroffenen Regionen durch Transfers aus prosperierenden Regionen abgemildert werden.

Als letztes Argument für Transfers, deren Leistung im Eigeninteresse des Gebers liegt, soll hier eine durch die Unterstützung möglicherweise zu verhindernde Migration und der damit möglicherweise verbundenen negativen Folgen von Zuwanderung genannt werden. Die Bedeutung, die diesem Argument in der politischen Diskussion zukommt, wird meines Erachtens besonders deutlich, wenn es um die EU-Osterweiterung geht. Die Überzeugung, daß hohe Transfers nötig wären, um Wanderungsströme zu verhindern, führt dazu, daß Widerstand gegen eine baldige Umsetzung der Freizügigkeitsbestimmung geleistet wird.

Die Diskussion des zweiten, oben angeführten Punktes soll hier kurz gehalten werden. Aus ökonomischer Sicht sollten Integrationsschritte durchgeführt werden, wenn sie zu gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinnen führen. (Dies soll nicht bedeuten, daß Integration, zum Beispiel aus politischen Gründen, nicht auch durchgeführt werden könnte, wenn die wirtschaftliche Bilanz negativ ausfällt. In diesem Fall müßte eben die Bereitschaft vorhanden sein, diese Kosten zu tragen). Da derartige Integrationsschritte in aller Regel zu einer ungleichen Verteilung von Kosten und Nutzen führen, gibt es üblicherweise Gewinner und Verlierer bei der Durchführung solcher Maßnahmen. Zur Akzeptanz der Maßnahme sollten die Gewinner die Verlierer - zumindest teilweise - für ihre Verluste kompensieren. Es scheint nicht abwegig zu vermuten, daß die Gewinne von zunehmender Integration vor allem in den Zentren anfallen (siehe dazu zum Beispiel Martin 1998). Dies wäre eine Legitimation für Unterstützungsforderungen seitens peripherer Regionen. Allerdings ist hier festzustellen, daß auf EU Ebene wie oben ausgeführt starke Unterschiede zwischen den Regionen **in** den einzelnen Ländern bestehen; es geht also zum Beispiel auch um eine Umverteilung innerhalb der Kohäsionsländer zwischen Zentren und Peripherie. Integration kann, wie oben angeführt, zu verlangsamten Wachstum in manchen Regionen führen, während andere Regionen möglicherweise schneller wachsen (siehe Grossman/Helpman 1991). Trifft dieser Fall zu, dann scheint weniger die Frage zentral, ob Ausgleichszahlungen geleistet werden. Es geht vielmehr um die

Frage, ob die Transfers zwischen den verschiedenen Regionen eines Landes erfolgen, oder ob die Transfers zwischen den Regionen in den verschiedenen Ländern fließen.

Herausforderungen für die Wissenschaft

Während die Diskussion gezeigt hat, daß es grundsätzlich ökonomische Begründungen für Transfers gibt, bleiben bei der Frage der Umsetzung einer entsprechenden Politik zwei zentrale Probleme offen. Das erste ist ein wissenschaftliches, nämlich die Quantifizierung der angesprochenen Effekte. Wenn es auch erste Ansätze dazu gibt (siehe zum Beispiel Keuschnigg/Kohler 1998), so ist doch bei weitem noch kein Konsens in der Frage erreicht, wie stark die jeweiligen, teilweise widerstreitenden theoretischen Effekte ins Gewicht fallen. Als weiteres Problem bleibt, selbst wenn das Meßproblem gelöst wäre, die Durchsetzung einer entsprechenden Umverteilungspolitik. Auf dieses, sehr wichtige Problem kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Die Analyse sollte deutlich gemacht haben, daß es neben diesem Problem, das sich vor allem mit politischen Prozessen beschäftigt, auch noch eine Vielzahl ungelöster Fragen bezüglich unmittelbar wirtschaftlicher Zusammenhänge und Abläufe gibt. Dabei ist das Aufgabengebiet für weitere Forschung nicht darauf beschränkt, die Effekte, die sich durch die zunehmende europäische Integration auf die Regionalentwicklung ergeben, zu quantifizieren. Von großer Bedeutung ist es auch verlässliche Wirkungsanalysen für alternative politische Maßnahmen zu liefern. Insbesondere die Ausarbeitung von Maßnahmen, die mögliche negative Auswirkungen von Integrationsschritten begrenzen, ist eine wichtige Aufgabe. Gelingt es der Volkswirtschaftslehre dieser Herausforderung gerade bei der nun anstehenden EU-Osterweiterung gerecht zu werden, dann leistet sie einen wichtigen Beitrag zur anstehenden politischen Diskussion.

Literatur

Aghion, Philippe/Howitt, Peter (1998), *Endogenous Growth Theory*, MIT Press, Cambridge, Ma., London.

Dixit, Avinash K./Norman, Victor (1980), *Theory of International Trade*, Cambridge University Press, Cambridge.

Götz, Georg (1991), Lohnhöhe, Arbeitsproduktivität und Übersiedlung. In: Sesselmeier, Werner (ed.), *Probleme der Einheit Band 1: Der Arbeitsmarkt*, Metropolis, Marburg.

Grossman, Gene M./Helpman, Elhanan (1991), *Innovation and Growth in the Global Economy*, MIT Press, Cambridge, MA, London.

Keuschnigg, Christian/Kohler, Wilhelm, 1998. Eastern Enlargement of the EU: How much is it worth for Austria?. CEPR Discussion Paper 1786, London.

Krugman, Paul (1991), Geography and Trade, MIT Press, Cambridge, Ma.

Laaser, Claus-Friedrich (1997), Ordnungspolitik und Strukturwandel im Integrationsprozeß. Das Beispiel Griechenlands, Portugals und Spaniens. Mohr, Tübingen.

Lichtblau, Karl (1997), Industrielle Kerne und neue Wachstumstheorie. In: Oppenländer, Karl H. (ed.), Wiedervereinigung nach sechs Jahre: Erfolge, Defizite, Zukunftsperspektiven im Transformationsprozeß, Duncker&Humblot, Berlin.

Martin, Philippe (1998), Regional Policies, Growth and Geography in Europe. In: The World Economy 21, 757-774.

Matsuyama, Kiminori/Takahashi, Takaaki (1994), Self-Defeating Regional Concentration. Northwestern University Discussion Paper.

Reichenbach, Horst/Beck, Hans-Ulrich (1997), Die Regionalpolitik der Europäischen Union: Auf dem Wege zu verbesserter Kohäsion. In: Vosgerau, Hans-Jürgen (ed.), Zentrum und Peripherie - Zur Entwicklung der Arbeitsteilung in Europa, Duncker&Humblot, Berlin.

Sala-i-Martin, Xavier (1996), The Classical Approach to Convergence Analysis. The Economic Journal 106, 1019-1036.

Venables, Anthony (1997), Economic Integration and Centre-Periphery Inequalities: The View from Trade Theory. In: Vosgerau, Hans-Jürgen (ed.), Zentrum und Peripherie - Zur Entwicklung der Arbeitsteilung in Europa, Duncker&Humblot, Berlin.

Offizielle Dokumente der EU-Kommission, zitiert nach den auf der Europa-Homepage (<http://europa.eu.int/>) verfügbaren Versionen:

Agenda 2000 - Band II - Mitteilung: Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der beitragswilligen Länder Mittel- und Osteuropas auf die Politiken der EU (1997)

Employment Agenda for the year 2000: Issues and policies. In: Employment in Europe Report 1997.

Kohäsionsbericht (1996). Erster Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt.